

Sisyphos in der Prävention von Gewalt gegen Kinder

Ziegler-Tanner, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ziegler-Tanner, F. (1987). Sisyphos in der Prävention von Gewalt gegen Kinder. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 11(2/3), 67-80. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-266006>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

SISYPHOS IN DER PRÄVENTION VON GEWALT GEGEN KINDER

FRANZ ZIEGLER-TANNER

Gewalt gegen Kinder ist im deutschen Sprachraum mindestens seit der 'Mißhandlungs-Bibel' von BAST et al. (1975), seit gut 10 Jahren also, kein vollständiges Tabu-Thema mehr. Vor allem in sozialen und medizinischen Berufen Tätige werden je länger je mehr aufgeklärt und belehrt. Der Aufwand, der von wissenschaftlicher Seite betrieben wird, ist nicht unbeträchtlich - falls die Publikationsflut als gültiger Maßstab dafür herangezogen werden darf. BRINKMANN & HONIG (1986) kommen in ihrer allein auf das deutsche Sprachgebiet bezogenen Auswahlbibliographie auf gut 120 Seiten Literaturangaben, Name an Name, Titel an Titel. Geschrieben wurde unumstritten viel, über Ursachen, Folgen sowie intervenierende und präventive Maßnahmen. Und gehandelt?

Ich möchte im folgenden aufzeigen, wie wenig bisherige präventive Kinderschutzarbeit effizient wirksam werden konnte. Finanz- bzw. rotstiftpolitische Grenzen und vor allem eine zu sehr an Individuen oder maximal Familien orientierte Hilfe- und Helferpraxis klammern nach wie vor einen Großteil der als Gewaltdeterminanten erkannten Faktoren aus. Bestehende Maßnahmen sind bruchstückhaft, um nicht zu sagen Flickwerk. Dafür scheint die Ausbildung der Helfer ein nicht unwesentlicher Grund zu sein.

1. Ursachenmodelle der Gewalt gegen Kinder

Wie in vielen anderen Teilgebieten der Psychologie respektive der Psychologie insgesamt haben die verschiedenen Perspektivenwechsel auch in der Behandlung möglicher Ursachen von Gewalt nicht Halt gemacht. Die ursprünglich allein an krankhaft-psychopathischen Täterpersönlichkeiten orientierten Ansätze werden in der relevanten Literatur quasi nur mehr aus historischen Überlegungen repliziert. Die abnormen, devianten, primitiven, gemütskalten, arbeitsscheuen, hemmungslosen oder sonstwie abartigen Eltern-Tätertypologien konnten in ihrer moralisierenden biologistisch-rassistischen Art auch wissenschaftlich-empirischen Ansprüchen nicht genügen.

Ideologisch weniger verhaftete, klinisch-psychiatrisch orientierte Untersuchungen von mißhandelnden Eltern einerseits sowie soziologisch beeinflusste Erklärungsmodelle andererseits konnten in der Folge mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Während erstere zwar einige nach wie vor Gültigkeit besitzende Persönlichkeitsmerkmale mißhandelnder Eltern erheben konnten (z.B.: mangelndes Selbstwertgefühl, Impulsivität, eigene Gewalterfahrungen, unangemessene Attribuierungsmuster, Überforderung usw.), verharren sie weiterhin auf einer monokausalen Erklärungsebene. Die soziologisch-sozialpsychologischen Ansätze, gefördert vor allem von GELLES (1975), versuchen demgegenüber, interaktionale Aspekte und die soziale Situation von Familien als Ursachenfeld zu skizzieren; mit dem expliziten Miteinbezug von strukturellen Stressoren wie Armut, Isolation usw., oder auch interaktionistischer Momente wie: elterliche Beziehung, Bedeutung der frühen Mutter-Kind-Beziehung, die Rolle des mißhandelten Kindes am Mißhandlungsgeschehen, usw.

Schließlich haben als neueste Trends in den vergangenen Jahren die ökologischen, ökopyschologischen oder sozioökologischen Erklärungsmodelle auch in der Gewaltproblematik große Aufmerksamkeit erlangt. Es sind im wesentlichen BELSKY (1980), BRONFENBRENNER (1981) und GARBARINO (1977, 1981), die diesen Ansatz begründet und gefördert haben. Neben der Familie (als Mikrosystem) und den sozialen Bedingungen (als Meso- und Exosystem) wird darin vermehrt auch den gesamtgesellschaftlichen strukturellen Bedingungen (als Makroebene) Beachtung geschenkt. Zwar wurde schon früher, in Anlehnung an die Unterscheidung von personaler und struktureller Gewalt, auf Determinanten wie etwa kulturell tradierte Normen ('die gesunde Ohrfeige'; Normalität erzieherischer Strenge), rechtlichen Schutz und öffentliche Fürsorge der Kinder oder bestimmte Gesellschaftsstrukturen (soziale Ungleichheit) und Lebensbedingungen der Kinder (Kinderfeindlichkeit) als Momente der Gewalt an sich und als Fundus für intrafamiliale Gewalt hingewiesen. Neu ist vielmehr die sozioökologische Verknüpfung der drei Subsysteme zu einem Modell.

Mit GALTUNGS (1975) Formulierung der strukturellen Gewalt sowie der Hervorhebung der Makroebene als Gewaltensystem sind einige Gebiete des täglichen Lebens von Kindern ins Zentrum der Diskussion gerückt worden. Zu erwähnen sind hier u.a.:

- die Wohn- und Spielsituation der Kinder,
- die Straßen- und Verkehrsverhältnisse (v.a. in Städten),
- die Schule als 'führender pathogener Faktor' (inhalts-, mengen- und organisationsbezogen),
- jegliche Umweltbelastungen (sie treffen Kinder früher als die Erwachsenen),
- die Vermarktung von Spiel- und Freizeitangebot,

- die Folgen der Arbeitslosigkeit,
- und - geht man mit AMENDT (1986) einig - ist nicht zuletzt auch die neue Art, Kinder fern jeglichen Lustprinzips im Labor technisch-mechanisch zu 'produzieren', eine der subtilsten Formen der Gewalt. (Kinder werden ihren Ursprung nie erfahren, wissen niemals, wo sie herkommen: anonyme Eltern durch Ei-, Embryo- oder Samenspender.)

2. Interventions- und Präventionsmaßnahmen

Die 'konventionelle Interventionspraxis' (KINTZER 1986) bleibt im medizinischen Bereich - gefördert durch die ärztliche Schweigepflicht - nach wie vor allein auf die medizinische Versorgung mißhandelter Kinder beschränkt.

Staatliche soziale Dienste betreuen Familien soweit, wie es bei ihrer permanenten Überforderung und Hilflosigkeit möglich ist. Vielfach hat ihr Eingreifen schwerwiegende Folgen: Fremdplazierung der Kinder, Entzug des Sorgerechts oder die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Eltern.

Die polizeiliche Praxis ist noch vermehrt sanktionsorientiert und geht damit "völlig an den Bedürfnissen und Problemen mißhandelter Kinder und ihrer Eltern vorbei" (KINTZER 1986).

Die psychologisch-therapeutische Interventionspraxis hat sich gemäß den Erklärungsmodellen vorerst auf die Behandlung der 'kranken Träger' konzentriert. Die bereits angesprochene Ausweitung in der Ursachenforschung sowie der Einfluß von Paar- und Familientherapie hat auch hier die rein individuumzentrierte Reaktion abgelöst. Gestützt auf die Erkenntnis, daß mißhandelnde Eltern öfters nicht über die grundlegendsten entwicklungspsychologischen und erzieherischen Kompetenzen verfügen, gelangen neben den psycho- des öfteren auch lerntherapeutische Kurse und Programme zur Anwendung.

Interventionen sind allerdings immer mit dem 'Makel' behaftet, daß personale Gewalthandlungen bereits stattgefunden haben. Sie können insofern wenig zum Schutz der Kinder beitragen.

In dieser Hinsicht verheißungsvoller geben sich Vertreter präventiv ausgerichteter Maßnahmen. Prävention wird verstanden als die Verhinderung des Auftretens von psychischen Störungen, zum einen dadurch, daß die Bevölkerung allgemein durch Ausbildung, Aufklärung, Anleitung und Beratung dazu befähigt wird, Probleme ohne äußere Eingriffe selbst zu bewältigen (personale Präventionsebene); zum anderen durch die strukturelle Veränderung von belastenden Lebensbedingun-

gen (strukturelle Präventionsformen auf gesamtstaatlicher und kommunaler Ebene). Dabei sollen sowohl ätiologische Erklärungsansätze abweichenden Verhaltens (medizinische, psychologische und sozialstrukturelle) wie auch kontrolltheoretisch orientierte ('labeling-approach') zur Berücksichtigung gelangen.

Versucht man nun, sich, so weit als möglich, einen einigermaßen repräsentativen Überblick über gängige als präventiv deklarierte Praktiken und Vorhaben zu verschaffen, ergibt sich zwar ein recht vielfältiges und doch begrenztes Bild.

Da werden erstens Hilfestellungen angeboten, die in Situationen erhöhter Mißhandlungsgefahr zum Tragen kommen sollen. Die Beratung und Hilfe in Krisensituationen, im 24-Stunden-Betrieb, telefonisch oder im direkten Kontakt, wird als eine Variante in Betracht gezogen und auch erprobt. Geprägt sein soll solche Arbeit vor allem durch Prinzipien wie 'Freiwilligkeit', 'Hilfe statt Strafe', 'Vertraulichkeit' und ähnliches (vgl. die Konzepte deutscher Kinderschutz-Zentren, vor allem Berlin).

Als zweite Variante wird die Vermittlung und Übung fundamentaler Kenntnisse in entwicklungspsychologischem und erzieherischem Bereich praktiziert. Eltern sollen lernen, in Konfliktsituationen mit den Kindern gewaltfreie Lösungen anstreben zu können.

Ein weiterer präventiv orientierter Programmteil richtet sich an den Umgang mit Krisensituationen allgemein. Begründet wird dieses Vorgehen durch die Entdeckung, daß Belastungen, Streß und Krisen, wo immer sie herrühren, die Gefahr von Gewalt-handlungen gegen Kinder deutlich erhöhen, auch wenn zu ihnen kein direkter Zusammenhang vorhanden ist. Problemlöse-, Problembewältigungs- oder 'coping'-Strategien sind hier die Schlüsselwörter.

Insbesondere in den USA wird, durch die ganze Mental-Health-Bewegung vorangetrieben, die Integration eines 'Erziehungs-Unterrichts' in die Schulprogramme proklamiert.

Darüber hinaus wird nicht minder die Forcierung des Aufbaus neuer und des Ausbaus bestehender sozialer Dienstleistungs- und Unterstützungssysteme sowie eine fundierte Ausbildung der dort Tätigen, potentiellen Bezugspersonen zu Mißhandlungsfamilien immer wieder von neuem gefordert.

3. Vergleich der Erklärungsmodelle mit den getroffenen Maßnahmen

Vergleichen wir all jene Faktoren, wie sie im kaum umstrittenen sozialökologischen Erklärungsmodell von Gewalthandlungen gegen Kinder aufgeführt werden, mit den rein

präventiv orientierten Maßnahmen, die laufend getroffen werden, fällt vor allem eines auf:

Präventive Bestrebungen sind, was den Kinderschutz anbelangt, sehr begrenzt.

Kinderschutz, WOLFF (1985, 355) definiert ihn als "die gesellschaftliche Bemühung und Bewegung, Kinder vor Verhältnissen und Maßnahmen zu schützen, die das Recht der Kinder auf ein menschenwürdiges Leben, auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und wirkliche Förderung beschneiden", dieser heute praktizierte Kinderschutz ist begrenzt auf die Mikroebene, auf Eltern und Familien; wo soziale Dienstleistungen angesprochen sind auf einen Minimalteil des Exo- oder Mesosystems. Alles, was die Makroebene angehen würde, blieb bis heute auf theoretische Zielformulierungen reduziert. Vielleicht werden schon mal Stellungnahmen zu Gesetzesänderungen oder Initiativen veröffentlicht. Dabei bleibt es dann aber meistens. Prävention ist mehr auf ein besseres Arrangement der Subjekte mit gegebenen institutionellen Zwängen gerichtet als auf deren Entlastung von Systemzwängen (VOBRUBA 1983).

Gesellschaftliche, kulturelle oder strukturelle Bedingungen und Lebensverhältnisse werden als zentrales Fundament, als Gewalthintergrund und -basis der familialen Gewalt anerkannt sowie als selbständiger Gewaltfaktor gesehen. Präventive Maßnahmen müssen demzufolge die personale An- oder Eingriffsebene übersteigen. Individualistisch verkürzte Präventionsprogramme können nicht produktiv zur Veränderung jener belastenden Lebensverhältnisse genutzt werden, in denen sich Schwierigkeiten und Störungen, Abweichungen und sog. unangepaßtes Verhalten zu allererst herstellen. Statt dessen gilt es, die ungleiche gesellschaftliche Verteilung von rechtlichen, sozialökonomischen und sozialökologischen Lebenschancen zu korrigieren und die soziale Lebenslage benachteiligter Bevölkerungsgruppen über k o l l e k t i v e S t r a t e g i e n der Interessenvertretung und der politischen Beteiligung zu verbessern (HERRIGER 1986). Vorauszusetzen ist folglich die Politisierung des Präventionsthemas, eine 'Strategie politischer Einmischung', wie es MIELENZ (1981) nennt.

HERRIGER (op.cit.) spricht auch vom Konzept einer 'Lebenslagepolitik im Interesse der Betroffenen', die sich auf struktureller Ebene zentralstaatlich durch rechtliche und ökonomische (Familien-, Jugend-, Sozial- und Kriminalpolitik) und kommunal durch ökologische Veränderungen (Gestaltung sozialräumlicher Lebensbedingungen durch Abbau von horizontalen Disparitäten und durch Veränderung der baulichen, infrastrukturellen und sozialen Struktur kommunaler Teilräume) manifestieren.

Darüber hinaus bleibt das, was präventiv tatsächlich getan wird, auf seine Wirkung hin erwiesenermaßen höchst fraglich.

Mit dem Bild von Sisyphos: Da werden unter enormen personellen und finanziellen Anstrengungen von Therapeuten, Sozialarbeitern usw. einzelne Familien, die ihre Kinder bereits mißhandelt haben oder die ein erhöhtes 'Mißhandlungsrisiko' aufweisen, auf den Berg der Gewaltlosigkeit hinaufgestoßen. Dabei ist einerseits die Gefahr für Rückfälle ins Tal erheblich groß - das kann in der Literatur zur Genüge nachvollzogen werden. Andererseits, und dies ist nicht weniger wichtig, bleiben gleichzeitig sowohl viele Steine unten am Berg liegen, ebenso wie sich auch viele neue herunterstürzende dazugesellen. Während die einen, bei unterschiedlichen Chancen, oben zu bleiben, hinausgeschoben werden, bleibt die Mehrheit der anderen, entdeckten oder unerkannten, unten, und weitere kommen hinzu.

Eigentlich erstaunt das wenig, denn die Stützen, die die Familien halten sollen, sind zu schwach und unvollständig für die Steilheit des Berges, bzw. der Berg weist ein zu hohes Gefälle auf.

Oder mit anderen Worten: Während z.B. Ehepaaren beigebracht wird, kindliches 'Fehlverhalten' umzuinterpretieren und mit anderen Verhaltensweisen darauf zu reagieren, bleiben die die Familien umgebenden, sie belastenden Bedingungen unangetastet. Ein gewisses Ausmaß an erzieherischer Strenge liegt nach wie vor drin. Die finanziellen, psychischen und sozialen Folgen etwa von Arbeitslosigkeit haben sich auch mit dem ausgeklügeltsten Kurs in "Wie erziehe ich mein Kind richtig?" nicht verändert. Wohn-, Spiel-, Schul-, Verkehrs- und andere Verhältnisse sind noch gleich belastend; genauso wie die Schwellen, sich doch an soziale Institutionen zu wenden, unvermindert hoch geblieben sind. Und dies alles wird wohlverstanden nur dann aktuell, falls Kurse, Programme, Therapien o.ä. die Adressaten überhaupt erreicht haben. Vermutlich verstecken sich die angesprochenen Steine (damit sei den Familien keineswegs Leblosigkeit unterstellt) lieber unter Laub und Moos oder ziehen sich in der Steinwüste zurück, anstatt ihre Probleme nach außen zu signalisieren (vgl. hierzu WIRTH 1982).

An all diesen Tatsachen hat auch die 'neue' Kinderschutzbewegung nicht das geringste verändert, weder Kinderschutz-Bünde noch -Zentren. Die definitivische Ausweitung des Gewaltbegriffs bzw. jenes des Kindeswohls auf Sozial- und Gesellschaftsstrukturen und somit die Ausweitung von der interpersonalen auf die politische Ebene müßte die Umkehr von symptombekämpfenden Maßnahmen hin zu organisierten gesellschaftspolitischen Bemühungen zur Folge haben. Das geschieht jedoch nicht! STALLBERG (1983, 234) merkt hierzu richtigerweise an,

daß auch bei der neuen, sogenannten alternativen Kinderschutzbewegung die begriffliche Politisierung von Kinderschutz nur rhetorisch geblieben ist und in der eigenen Praxis zurückgenommen wird. Das vielleicht aktuellste Beispiel stammt vom Kinderschutz-Zentrum Berlin, wo mit einem DM 4,9-Mio.-Projekt ein weiteres Modell auf die Familie verkürzter Kinderschutzarbeit erprobt wurde (BEIDERWIEDEN, WINDAUS & WOLFF 1986); in den Worten STALLBERGS (op.cit.): die Kluft zwischen kritischer Programmatik und konservativer Praxis.

Eine kritisch-präventive Praxis (als Folgerung aus dem Obigen) bedarf allerdings einer präziseren Bestimmung. Prävention - das dürfte deutlich geworden sein - ist nicht einfach Prävention, und noch lange nicht kritische Praxis. Prävention ist mit viel Willkür und großen Gefahren verbunden, solange sie sich wie die heute gängige staatlich-polizeiliche auf die personale Ebene bezieht. Als Grundlage von solcher Prävention dienen Normen, Standards und Durchschnittswerte. Abweichungen sind korrekturbedürftig und zur Anpassung gezwungen. Präventive Maßnahmen haben in diesem Rahmen die Funktion, 'Risikopersonen', Leute mit angenommener erhöhter Abweichungsgefahr, frühzeitig zu erkennen und zu standardisieren (vgl. etwa den Beitrag von HELLERICH 1983 zum 'Screening in den USA: Der Kleinstkinder-TÜV'). Derartige Prävention ist nurmehr durch Kontrolle und Macht aufrechtzuerhalten; mehr noch, sie wird zur Festigung bestehender Machtverhältnisse und privater Machtinteressen mißbraucht. Neue 'Patienten' werden erschlossen und dem vorhandenen Versorgungssystem zugeführt. Das System wird ergänzt, aber nicht qualitativ verändert (vgl. WAMBACH 1983). Maximales Ziel gesellschaftlicher Veränderungen ist die Organisation umfassender Anpassungszwänge der Subjekte. Ihre Realisierung gründet in polizei-staatlicher Ruhigstellung (VOBRUBA 1983).

Die kritische Praxis einer präventiven Arbeit richtet sich dagegen auf den systematischen Anteil an der Entstehung sozialpolitischer Probleme. "Ihre Maßnahmen laufen auf i n s t i t u t i o n e l l e Ä n d e r u n g e n hinaus. Diese stellen sich aus der Sicht der Subjekte als g e w a n d e l t e L e - b e n s c h a n c e n dar. Sie eröffnen den Subjekten die Chance, nicht in solche Handlungskontexte zu geraten, in denen sie in Kauf nehmen müssen, zu Trägern sozialpolitischer Probleme zu werden. Insofern läuft primäre (institutionelle) Prävention auf E n t l a s t u n g e n der Subjekte v o n S y - s t e m z w ä n g e n hinaus" (VOBRUBA 1983, 29).

Das Ziel kritisch-präventiven Vorgehens im Kontext von Gewalt kann folglich nicht darin bestehen, in Familien- und Erziehungskonstellationen einzugreifen, durch Macht Gewaltgeschehnisse zu unterdrücken und zu korrigieren. Prävention der ('illegalen') Gewalt kann nicht durch Eingriffe in Form von (staatlich

legitimierter) Gewalt geschehen (vgl. dazu auch HORN, resp. RAMMSTEDT et al. 1974).

4. Folgerungen

Den Berg auf die Spitze stellen zu wollen, ist wohl ...; genauso wie auch eine ins Uferlose gehende Stützung und Verkeilung bereits 'hinaufgeschobener' und 'sturzgefährdeter' Familien. Personeller und materieller Aufwand dafür wäre kaum tragbar und bei der relativ unsicheren sowie kurzfristigen und vereinzelnden Zielsetzung auch kaum zu rechtfertigen.

Präventiver Kinderschutz muß längerfristige Perspektiven einnehmen, und das kann, bildlich gesprochen und aus dem Gesagten folgend, nur heißen: Wir müssen am Berg selbst arbeiten; das Gefälle des Berges Prozent um Prozent abtragen, den Berg ebnen.

Was heißt das, wenn wir vom Bild aus dem Mythos in die Realität zurückschalten?

Als erstes soll klargestellt sein, daß ich die Leistungen von Therapeuten, Sozialarbeitern, Familienhelfern usw., die mit Gewaltproblemen in Familien konfrontiert werden und dort sehr engagiert sind, keineswegs schmälern oder in Frage stellen möchte. Den betroffenen Familien steht diese Hilfe zu. Aber nicht nur diese!

Unter längerfristiger Perspektive müssen, im Sinne der Ebnung des Berges, gesellschaftlich-strukturelle Bedingungen derart verändert werden, daß diese nicht selbst ein Moment der Gewalt darstellen (in ihrer radikalsten Form: die Rekrutierung von Kindersoldaten). Gleichermaßen sind diese Bedingungen so zu verändern, daß sie jene Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aus dem Wege schaffen, die ihrerseits als Basis bzw. Rahmen der intrafamilialen Gewalt stehen. Das bedeutet zweierlei:

a) Kinderschutz kommt nicht drum herum, politisch zu sein. Kinderschutz muß Einfluß nehmen; Einfluß nehmen "auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Handlungsspielräume, Lebensperspektiven und sozialen Chancen von Kindern, insbesondere auf die Lebensgestaltung im Rahmen einer sozialen Kommunalpolitik" (BRINKMANN & HONIG 1984, 13). D.h. auch, daß präventiver Kinderschutz, auch der 'wissenschaftlich-neutral' orientierte, Stellung und Position beziehen und Prioritäten setzen muß. KUPFFER (1984) meint dazu, daß man allmählich zu erfassen beginne, "daß manche Lebensprobleme der Kinder nur politisch lösbar sind" (S. 78).

Es geht hier um nichts anderes als die Formulierung von Minimalbedingungen hinsichtlich Voraussetzungen und Notwendigkeiten günstiger Entwicklungsbedingungen für Kinder. Der DKSB (1986) etwa hat eine Broschüre ("Tempo 30 - aber schnell") zur Verkehrspolitik herausgegeben. Ich denke aber auch an Kontroversen wie jene um den Abbau von Sozialleistungen oder um das 'garantierte Grundeinkommen' (vgl. etwa OPIELKA & VOBRUBA 1984), den Einsatz dafür, daß materielle Existenzgrundlagen für alle gesichert sind. (Es gibt mittlerweile selbst Politiker aus dem nicht-linken Spektrum, denen der potentielle Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Kindesmißhandlungsraten bekannt ist; zumindest dem demokratischen US-Senator RIEGLE; vgl. RIEGLE 1982.)

Vorsicht ist insofern geboten, als die Formulierung politischer Ziele selbst nicht in weiterer Bevormundung und Entmündigung der Betroffenen endet. Es kann ja nicht unsere Aufgabe sein, Ziele aufzuoktroieren, strukturelle Gewaltverhältnisse wiederum mit Mitteln der Macht (gewalttätig) von oben zu verändern. Im Kinderschutz Tätige können zwar Ziele vorstellen, bewußt machen, begründen und zu deren Realisierung und Durchsetzung helfen; aber nicht gegen den Willen der Betroffenen und mit Mitteln der Macht. Aber wie?

b) Präventiver Kinderschutz muß in dieser Hinsicht sozial-praktisch tätig werden, in der unmittelbaren Umwelt von Kindern und ihren Familien. D.h., Kinderschützer müssen über Kenntnisse von Möglichkeiten, über Mittel und Wege verfügen, auf die Betroffene zurückgreifen können, wenn sie sich für die Durchsetzung ihrer gegen die lebensfeindlichen Interessen selbst organisieren wollen, wenn sie sich und vor allem ihre Kinder von Einschränkungen, Belastungen, Benachteiligungen und Abhängigkeiten befreien wollen. "Auf der mittleren, mesozozialen Ebene von Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit geht es um die Einrichtung bevölkerungsnaher Projekte humaner und selbstverantworteter Lebensgestaltung, um die Initiierung von Nachbarschaft, Rekonstruktion sozialer Netze, Treffpunktarbeit, offene Beratungsangebote, insgesamt um die soziale Ausgestaltung lokaler Lebensbedingungen nicht (nur) durch Experten oder Stellvertreter, sondern (vor allem auch) durch die Betroffenen selbst, die ihre Probleme definieren und kooperativ in Eigeninitiative und Selbsthilfe nach Lösungen suchen (...). Auf der entfernten, makrosozialen Ebene von Interessenbildung und -vertretung, Öffentlichkeits- und Pressearbeit von pressure groups und Lobbies (für das Kind) und der Veränderungsmöglichkeiten und Verantwortungen von Politik geht es nicht um die Affirmation eines neuen Bewußtseins, sondern um die Entwicklung anderer, humanerer Orientierungspunkte und Handlungsperspektiven" (BRINKMANN 1984, 43).

Und die Praxis?

Für die Psychologie bzw. für uns als deren 'Vertreter' bleibt schließlich die nicht unbedeutende Frage, was die herkömmliche Psychologie, die an Individuen interessierte, zu dieser Emanzipierung/Emanzipation beizutragen hat. Noch mehr: Wie die gerade auch durch die pädagogisch-psychologische Ideologie mitzuverantwortende Verkürzung des Gewaltproblems auf die Familien-Ebene, die 'konservative Praxis', überwunden werden kann.

Präventiver Kinderschutz muß sich im Vergleich zum intervenierenden und therapeutischen umorientieren: Strukturen verändern (helfen) und Menschen befähigen, nicht (nur) heilen. "Weg von der kolonisierenden Behandlung der Familie, hin zu offener, nichtdiskriminierender Hilfe und Prävention, hin zu demokratischer Selbsttätigkeit und Selbstorganisation" (HONIG & WOLFF 1983, 621).

Wer kann den "Psychologen auf der Suche nach einer neuen politischen Identität" (KEUPP et al. 1983) denn behilflich sein?

Eines scheint klar: Wer im Verlaufe seines Studiums, seiner Ausbildung 'nur' einseitig individuums- oder familienzentrierte Ansätze und Interventionsmethoden kennengelernt hat, der wird in seiner Praxis kaum anders zu handeln fähig sein. Es drängt sich insofern auf, daß es vorerst und zuallererst die Lehranstalten, sprich Universitäten sind, die den zukünftigen Psychologen neue Perspektiven, Ansätze und Handlungskompetenzen vermitteln müssen.

Es ist ja durchaus nicht der Fall, daß es an Ansätzen präventiver, gemeindeorientierter Konzepte fehlen würde. Präventive Psychologie, Umwelt- und vor allem Gemeindepsychologie, Kompetenzmodelle u.ä., ebenso wie die noch vorwiegend in US-Literatur zu findenden Modelle wie 'primary mental health', 'community mental health', 'health psychology' u.ä. finden in universitären Lehrgängen nur wenig Beachtung; und wenn, dann in Form vereinzelter Veranstaltungen und Vorlesungen. Mit der Vermittlung präventiv-gemeindepsychologischen Denkens soll hingegen nicht eine neue Subdisziplin, ein neues Fach angeboten werden, sondern eine andere Vorgehensweise innerhalb vieler oder über viele verschiedene psychologische Teilgebiete hinweg (vgl. etwa PRICE 1983: 'The education of a prevention psychologist'). Über das Aussehen solcher Ausbildungskonzepte liegen Berichte vor (Projektskizzen, die zu oft in Schubladen verstauben), auch deutsche (vgl. etwa BELSCHNER 1983).

Auf hochkomplexe Probleme nicht nur individuumsorientiert reagieren zu können, verlangt nach anderen Ausbildungsgängen.

Falls man tatsächlich Gewalt verringern will, muß die 'kritische Programmatik' vorerst in der Ausbildung auch von PsychologInnen ihren Niederschlag finden. Aber vielleicht ist der Großteil der Uni-Psychologie selbst 'konservative Praxis'? Vielleicht sind jene, die über Ausbildungskonzepte entscheiden, bereits konservativ sozialisiert (und dadurch erst zu Entscheidungsträgern geworden)?

Mit ihrem Verharren in herkömmlichen Mustern trägt die Psychologie bzw. tragen PsychologInnen aber grundlegend zur Beibehaltung bestehender Verhältnisse, auch Gewaltverhältnisse, bei, deren Folgen sie bei einzelnen dann zu reparieren gedenken.

Dies tönt nicht eben optimistisch. Und dennoch, oder gerade deshalb sollte geprüft werden, "ob nicht doch im institutionellen und konzeptionellen Rahmen bisheriger psychosozialer Arbeit zunächst enge, aber sozial kontrollierte Formen der Prävention Fuß fassen können. Bewähren sich solche Versuche, so mag auch der Weg geebnet sein für weiterreichende soziale Interventionen, welche institutionelle Veränderungen mit einschließen und in breit angelegter Form die krankmachenden Bedingungen im Umfeld der Klienten angehen" (FLIEGEL, RÖHRLE & STARK 1983, 15).

Und nicht zuletzt müssen sich viele PsychologInnen darüber klar werden, daß sie mit ihrer apolitischen Haltung eine höchst politische Position bezogen haben. Um aktives politisches Engagement aber kommen wir nicht herum, wollen wir die Lebensverhältnisse von Kindern (und uns allen) verändern.

LITERATUR:

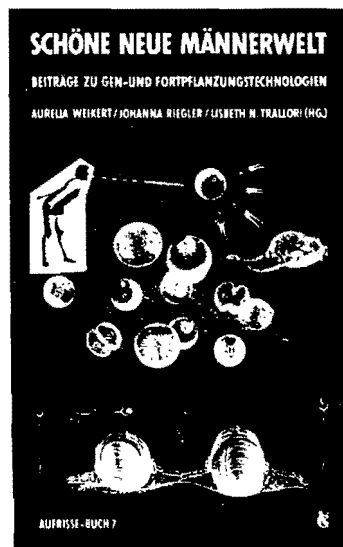
- AMENDT, G.: Der neue Klapperstorch. Die psychischen und sozialen Folgen der Reproduktionsmedizin. Herstein 1986
- BAST, H., et al. (Hrsg.): Gewalt gegen Kinder. Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen. Reinbek 1975
- BEIDERWIEDEN, J./WINDAUS, E./WOLFF, R.: Jenseits der Gewalt - Hilfen für mißhandelte Kinder. Basel 1986
- BELSCHNER, W.: Ausbildung in Gemeindepsychologie: ein Versuch. In: BELSCHNER, W., et al. (Hrsg.): Gemeindepsychologische Perspektiven. Bd. 1: Grundlagen und Anwendungsfelder. Tübingen/Köln 1983, 177-189
- BELSKY, J.: Child Maltreatment: An Ecological Integration. American Psychologist, 35, 1980, 320-335
- BRINKMANN, W.: Gewalt gegen Kinder. Eine provokative Skizze gegen Scheinheiligkeit und vordergründige Aufregung. In: BRINKMANN, W. & HONIG, M.-S. (Hrsg.) 1984, 21-43

- BRINKMANN, W./HONIG, M.-S. (Hrsg.): Kinderschutz als sozialpolitische Praxis. Hilfe, Schutz und Kontrolle. München 1984
- BRINKMANN, W./HONIG, M.-S.: Umriss eines Kinderschutzes als sozialpolitische Praxis. In: BRINKMANN, W. & HONIG, M.-S. (Hrsg.) 1984, 7-20
- BRINKMANN, W./HONIG, M.-S.: Gewalt gegen Kinder - Kinderschutz. Eine sozialwissenschaftliche Auswahlbibliographie. DJJ Materialien. München 1986
- BRONFENBRENNER, U.: Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente. Stuttgart 1981
- DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND / DKSB (Hrsg.): Tempo 30 - aber schnell. Hannover 1986
- FLIEGEL, S./RÜHRLE, B./STARK, W.: Primäre Prävention. Fortschritte und Widersprüche - Einführung und Überblick. In: FLIEGEL, S./RÜHRLE, B./STARK, W. (Hrsg.): Gemeindepsychologische Perspektiven. Bd. 2: Interventionsprinzipien. Tübingen/Köln 1983, 12-16
- GALTUNG, J.: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek 1975
- GARBARINO, J.: The Human Ecology of Child Maltreatment: A Conceptual Model for Research. In: Journal of Marriage and the Family, 39, 1977, 721-735
- GARBARINO, J.: An Ecological Approach to Child Maltreatment. In: PELTON, L.H. (Ed.): The Social Context of Child Abuse. New York 1981, 228-267
- GELLES, R.J.: Kindesmißhandlung als Psychopathologie. Eine soziologische Kritik und Neuformulierung des Problems. In: BAST, H., et al., 1975, 263-277
- HELLERICH, G.: Screening in den USA: Der Kleinstkinder-TOV. In: WAMBACH, M.M. (Hrsg.) 1983, 137-148
- HERRIGER, N.: Präventives Handeln und soziale Praxis. Weinheim/München 1986
- HONIG, M.-S./WOLFF, R.: Neue Kinderschutz-Arbeit in der Bundesrepublik - eine Zwischenbilanz. In: Soziale Arbeit, 32, 1983, 614-622
- KEUPP, H., et al.: Psychologen auf der Suche nach einer neuen politischen Identität. In: CRAMER, M., et al. (Hrsg.): Gemeindepsychologische Perspektiven. Bd. 4: Orientierungshilfen zu einem beruflichen Selbstverständnis. Tübingen/Köln 1983, 265-271
- KINTZER, I.: Interventionsmaßnahmen - Prävention und Therapie. In: ENGFER, A. (Hrsg.): Kindesmißhandlung: Ursachen, Auswirkungen, Hilfen. Stuttgart 1986, 125-158
- KUPFFER, H.: Präventiver Kinderschutz zwischen Bevormundung und Vernachlässigung der Betroffenen. In: BRINKMANN, W. & HONIG, M.-S. (Hrsg.) 1984, 77-96
- OPIELKA, M./VOBRUBA, G. (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung. Frankfurt/M. 1986
- PRICE, R.H.: The Education of a Prevention Psychologist. In: FELNER, R.D., et al. (Eds.): Preventive Psychology. Theory, Research and Practice, New York 1983, 290-296
- RAMMSTEDT, G. (Hrsg.): Gewaltverhältnisse und die Ohnmacht der Kritik. Frankfurt/M. 1974
- RIEGLE, D.W.: The Psychological and Social Effects of Unemployment. American Psychologist, 37, 1982, 1113-1115
- STALLBERG, F.: Alternativer Kinderschutz: Erfolgsbedingungen, Probleme, Zukunftsaussichten. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 32, 1984, 230-237

- VOBRUBA, G.: Prävention durch Selbstkontrolle. In: WAMBACH, M.M. (Hrsg.) 1983, 29-48
- WAMBACH, M.M.: Die juristische Sekunde oder die Stunde des Klientenrechts. In: Ders., 1983, 103-106
- WAMBACH, M.M. (Hrsg.): Der Mensch als Risiko. Frankfurt/M. 1983
- WIRTH, W.: Inanspruchnahme sozialer Dienste. Bedingungen und Barrieren. Frankfurt/M. 1982
- WOLFF, R.: Kinderschutz. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Bd. 6, 1985, 355-358

Franz Ziegler-Tanner
Psychologisches Institut
Route des Fougères
CH-1700 Fribourg

ANZEIGE



Aurelia Weikert, Johanna Riegler,
Lisbeth N. Trallori (Hrsg.)

Schöne neue Männerwelt

Beiträge zu Gen- und Fortpflanzungs-
technologien

220 Seiten, öS 168,-/DM 24,-

Von der Zeugung über Schwangerschaft bis zur Geburt wollen Technopatriarchen dabei sein, alles planen, überwachen und perfektionieren. Die neuen Technologien werden als Heilsbringer und Emanzipations-Apparaturen vorgestellt, mit denen uns die Experten zwangsbeglücken wollen.

Mit Beiträgen von Paula Bradish, Gena Corea, Gabriele Czarnowski, Gundula Kayser, Johanna Riegler, Christine Rothmaler, Ann Kathrin Scheerer, Ute Sprenger, Lisbeth N. Trallori, Aurelia Weikert, Ute Winkler

Verlag für Gesellschaftskritik, Kaiserstraße 91, A-1070 Wien